

Pressemitteilung der BIKEG e.V. vom 6.8.2021

Jetzt auch noch Müll aus Bremen auf undichte Bremerhavener Deponie

Laut Presseberichten denkt der Bremer Senat darüber nach, das Bremer Müllproblem durch die überlaufende Blocklanddeponie dadurch zu lösen, indem man den Müll künftig nach Bremerhaven transportiert und auf der Deponie Grauer Wall entsorgt. Angeblich sei der Graue Wall "ordentlich zertifiziert und klassifiziert". Tatsache ist hingegen, dass die Sondermülldeponie Grauer Wall im Planfeststellungsbeschluss von 2012 einfach als "mindergiftig" eingestuft wurde und man damit wesentliche Vorgaben der Deponieverordnung zur Abdichtung einfach außer Kraft setzte. Die Ableitung giftiger Sickerwässer durch einen Graben mit Grundwasserkontakt wird mit fraglichen Erklärungen einer "hydraulischen Falle" gerechtfertigt. Fachgutachten und sogar eigene behördliche Beurteilungen, die der Deponie einen katastrophalen Zustand bescheinigen, werden von der Genehmigungsbehörde unter der Umweltsenatorin Dr. Maika Schaefer ignoriert. Offenbar sollte und soll die Deponie Grauer Wall, die direkt neben einem Wohngebiet, Sportplätzen und dem Gesundheitspark liegt, um jeden Preis weiter betrieben werden, auch wenn sie gegen Gesetze verstößt. Auch Umweltdezernentin Dr. Susanne Gatti hat offenbar nur dazu zu sagen, dass die Stadt gegen eine Ablagerung des Bremer Mülls nicht viel tun könne. Seit ihrem Amtsantritt vor 2 Jahren hat sich Frau Dr. Gatti in Einklang mit ihrem grünen Magistratskollegen und Mitglied des BEG-Aufsichtsratsmitglieds, Gartenbaudezernent Dr. Eversberg, jeglichen Bedenken der BIKEG über die Sicherheit der Deponie verweigert. Der Deponiebeirat hat schon seit fast 2 Jahren nicht mehr getagt und die Umweltdezernentin lehnt die Klärung von Rechtsverstößen auf der Deponie durch den Deponiebeirat kategorisch ab. Der SPD-Vorsitzende Martin Günthner lässt sich jetzt mit den Worten zitieren: "Mit der SPD wird es keinen grünen Mülltourismus nach Bremerhaven geben". Dabei hat doch gerade Herr Günthner mit der gesamten Bremerhavener SPD-Spitze in den letzten 10 Jahren sämtliche Sicherheitsprobleme der Deponie geleugnet. SPD-Vertreter stören sich seit Jahren nicht daran, dass giftiger Müll neben Wohnhäusern gelagert wird. Die geplagten Anwohner sollen also in Zukunft auch noch die Asbestfasern aus Bremen einatmen.

Die BIKEG fordert Politiker aller Parteien in Stadtverordnetenversammlung und Bürgerschaft auf, sich endlich mit den offensichtlichen Fehlern und Ungereimtheiten im Planfeststellungsbeschluss unverzüglich zu befassen. Der Bremer Plan, Bremerhaven als Müllablageplatz zu missbrauchen, wird durch die Untätigkeit der Regierungskoalition in Bremerhaven erst ermöglicht.

Wir bitten um Veröffentlichung.

Der Vorstand der BIKEG